

Staatsbesuche sind ein Ärgernis

Treffen unter Staatsführern sollten mit weniger Belästigung für die Bevölkerung durchgeführt werden



Bruno S. Frey

Staatsbesuche sind zu einer Plage geworden. Deutlich wurde dieses Ärgernis wieder beim Besuch Präsident Bushs in Europa. Es gilt aber auch ganz allgemein. Die Zahl der benötigten Geheimdienstler, Polizisten, Soldaten, Feuerwehrmänner, Ärzte und Sanitäter wird immer grösser und scheint keine Grenze zu kennen. Die Bewohner der von Staatslenkern besuchten Städte werden durch weiträumige Absperrungen und das Lahmlegen des Verkehrs belästigt. Schulen werden geschlossen, die Umsätze der Geschäfte gehen zurück, und ganze Fabriken können nicht mehr produzieren (die Opel-Werke mussten bei Bushs Besuch in Mainz für einen Tag geschlossen werden, weil die Arbeiter nicht in die Fabrik gelangen konnten). All dies geschieht, damit die Politiker ungestört ihrer Tätigkeit nachgehen können – bössartiger liesse sich sagen: damit sie ihre Schau abziehen können.

Selbst die in dieser Hinsicht sonst zurückhaltende Schweiz wurde kürzlich beim G-8-Gipfel in Evian von Frankreich angehalten, sich am Spektakel zu beteiligen. Speziell zu diesem Zwecke wurden Soldaten einberufen, die in ihrer zivilen Tätigkeit sicher Vernünftigeres hätten tun können.

Die heute übliche Form der Staatsbesuche verdeutlicht, auf welcher abgehobener Ebene die Staatslenker zu agieren gewohnt sind. Es fällt schwer, in ihnen noch die «Vertreter des Vol-

kes» zu sehen, als die sie sich – zumindest zu Wahlzeiten – gerne bezeichnen. Auf jeden Fall sind ihnen die den gewöhnlichen Bürgern auferlegten direkten und indirekten Kosten gleichgültig – sie beschäftigen sich ja mit der hohen Politik.

Es stellen sich drei Fragen: Sind Staatsbesuche notwendig? Sind sie sinnvoll? Gibt es bessere Alternativen?

Persönliche Kontakte zwischen Staatslenkern erscheinen im 21. Jahrhundert und eigentlich schon seit der Mitte des letzten Jahrhunderts völlig obsolet. Schliesslich sind Telegraf, Telefon, Fax und Videokonferenzen seit langem vorhanden. Was bringen da noch persönliche Treffen? Hier muss eingestanden werden, dass persönliche Begegnungen den Verhandlungserfolg um ein zusätzliches, wenn auch schwer zu definierendes Element bereichern. Dies ist auch der Grund, warum Manager sich trotz dem technologischen Fortschritt in der Kommunikation nach wie vor häufig treffen und eigentlich dauernd auf Achse sind. Diese Einsicht wird durch die sozialwissenschaftliche Forschung gestützt. Das Verhalten von Personen ändert sich deutlich, wenn von einer abstrakten zu einer persönlichen Interaktion übergegangen wird.

Zur zweiten Frage: Sind die persönlichen Treffen der Staatslenker sinnvoll? Erbringen direkte Kontakte zwischen Spitzenpolitikern tatsächlich richtige zusätzliche Einsichten? In dieser Hinsicht müssen zumindest starke Zweifel angebracht werden. Es sei an die (wörtliche, von mir übersetzte) Einschätzung Putins durch Bush nach einem Treffen im Juni 2001 erinnert: «Ich schaute dem Mann in die Augen. Ich fand ihn direkt und vertrauenswürdig. Ich konnte eine Vorstellung von seiner Seele erhalten.» Es dürfte wenige Sachkennner geben, die diese Einschätzung teilen. Sie ist eben höchst persönlich und

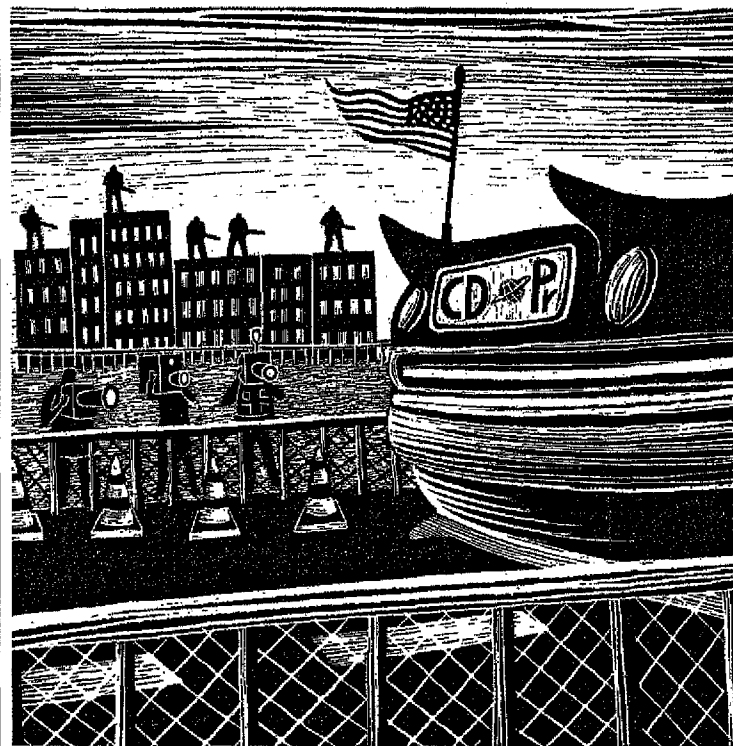


ILLUSTRATION: GABI KOPP

nicht sachlich. Auch die triumphale Aussage Premierminister Chamberlains nach dem Treffen mit Hitler in München, er bringe «peace for our time», weil er des Diktators persönliche Zusicherung erhalten habe, erwies

«Ich schaute dem Mann in die Augen und konnte eine Vorstellung von seiner Seele erhalten.»
(Bush über Putin)

sich als katastrophale Fehleinschätzung. Wenig später eröffnete Hitler den Zweiten Weltkrieg mit dem Einfall in Polen. Ebenso wenig haben Anfang des 20. Jahrhunderts die Verwandtschaft und der stetige soziale Umgang der Monarchen untereinander die unüberlegte und fahrlässige Entfesselung des Ersten Weltkriegs verhindert. Der Sozialpsychologe Robin Dawes hat den Einfluss persönlicher Kontakte auf die Entscheidungsqualität untersucht. Er konnte belegen, dass auf der Grundlage persönlicher Interviews mit Bewerbern für Studienplätze deren Studienerfolg

schlecht vorausgesagt wird. Erfolgreicher ist eine sogar nur oberflächliche Durchsicht der eingereichten Bewerbungsunterlagen. Persönliche Kontakte sind somit häufig ungeeignet, um wichtige Informationen für Entscheidungen zu erhalten.

Zur dritten Frage: Gäbe es nicht bessere Möglichkeiten als die heutigen Staatsbesuche? Könnten die von den Politikern als derart wichtig dargestellten Ziele nicht auch auf andere Weise erreicht werden? Es wäre sicher möglich. Als Ökonom würde man besonders darauf achten, dass der Aufwand verringert und damit die Steuerzahler weniger belastet werden. Eine offensichtliche Lösung ist, die Staatsbesuche in eine möglichst abgelegene Militärflugbasis zu verlegen (was die Kanadier auch schon getan haben). Der Sicherheitsaufwand wird drastisch verringert und die Bevölkerung wesentlich weniger belastet. Wenn die Gespräche wirklich so nützlich sind, wie die Politiker gerne behaupten, können sie auch dort stattfinden. Selbst die für die Politiker benötigte Medienpräsenz lässt sich weiterführen. Es ist völlig gleichgültig, auf welchem Flugplatz das zeremonielle Winken bei der Ankunft und beim Abflug des Gastes stattfindet und durch welche Strassen die schwarzen Limousinen rasen. Beides findet ohnehin unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die oft an Trivialität nicht zu überbietenden Pressemitteilungen können den Reportern in der Militärbasis zur Kenntnis gebracht werden.

Die heutigen Staatsbesuche sind ein Ärgernis. Sie sollten abgeschafft und durch neue Formen ersetzt werden. Zumindest sollten sie mit weniger Aufwand und Belästigung für die Bevölkerung durchgeführt werden.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaft am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.